

genügend Wasser geforgt sein, um schnellstens jede Gefahr zu beseitigen.

— (Benutzt Milchflaschen nur für Milch!) Für die Hygiene der Versorgung der Bevölkerung mit Flaschenmilch ist die gründliche Reinigung der Milchflaschen von größter Bedeutung. Die Technik hat zuverlässige, automatische arbeitende Flaschenreinigungsmaschinen geschaffen. In allen Betrieben wird schärfste Kontrolle ausgeübt, daß nur einwandfrei gereinigte, keimfrei und steril gemachte Flaschen den Füllmaschinen automatisch zugeführt werden. Aber auch die Verbraucher können zur Hygiene der Milchversorgung durch sachgemäße Behandlung der Milchflaschen mit beitragen. Die Verbraucher werden daher ersucht, die leeren Milchflaschen nicht längere Zeit — womöglich mit Milchresten — herumstehen zu lassen, sondern sie baldigst und zwar vorgeeignet zurückzugeben. Schon aus hygienischen Gründen sollten ferner Milchflaschen ausschließlich nur für Milch, nicht aber für andere Zwecke benutzt werden. Insbesondere ist die Benutzung von Flaschen, die zur Aufnahme menschlicher Nahrung bestimmt sind, für Flüssigkeiten, die geeignet sind, die Gesundheit zu schädigen, verboten und strafbar.

— (Kraftpost Arnsdorf-Stolpen.) Infolge der Einrichtung der Eilkräftpost Dresden-Sebnitz, die auch für Stolpen eine unmittelbare Verbindung mit Dresden gebracht hat, liegen nicht mehr sämtliche Fahrten der Kraftpostlinie Stolpen-Arnsdorf im Bedürfnis. Vom 2. Juli an wird daher der Fahrplan dieser Linie nur noch Sonntags im vollen Umfange durchgeführt; an Werktagen dagegen verkehren nur noch die Fahrten 12.25 ab Stolpen und 13.25 ab Arnsdorf sowie die zwischen Stolpen Ort und Bahnhof vorgezeichneten Pendelfahrten. Für Gesellschaften, die zu anderen Zeiten von Arnsdorf nach Stolpen oder umgekehrt befördert sein wollen, können nach vorherigem Anruf des Postamts in Stolpen auch fernerhin jederzeit besondere Fahrten eingelegt werden.

— (Wert und Nutzen der Luft-, Licht- und Sonnenbäder.) Die Wirkungen der Luft-, Licht- und Sonnenbäder auf die Haut, und hierdurch im Zusammenhang auf den gesamten Organismus ist ein äußerst guter und wohlthätiger. Dieses wird von vielen noch viel zu wenig gewürdigt, zum Schaden der Gesundheit. Die Haut, welche dem Körper als Stoffwechsel und Sinnesorgan dient, hat die besondere Aufgabe, die Lungen und Nieren zu entlasten und eine Verklüftung des Körpers zu verhindern. Dieser Vorgang wird durch das Licht-, Luft- und Sonnenbad äußerst günstig gefördert und werden dadurch verschiedene Hautkrankheiten verhütet oder doch günstig beeinflusst. Darum sollte man seinem Körper die Wohlfahrt nicht veragen und ihn recht oft den Einwirkungen von Licht, Luft und Sonne aussetzen.

— (Die letzten Hinrichtungen in Sachsen.) Am 19. Juni ist ein Zeitraum von 10 Jahren verfloßen, wo im Freistaate Sachsen die letzten Hinrichtungen stattgefunden haben. An jenem 19. Juni 1918 wurden im Hofe des Dresdner Landgerichts durch den Landescharakterrichter Brand gleich drei Hinrichtungen vollzogen. Sie betrafen einen Gatten- und zwei Raubmörder. Seit dieser Zeit wurde die im Landgerichtsgebäude in Dresden befindliche Guillotine nicht wieder in Betrieb genommen und vielfach ergangene Todesurteile nicht mehr vollstreckt.

— (Die Sängerkarte als Reisepaß.) Dem Beispiele der österreichischen Bundesregierung folgend, hat nun auch die Regierung der tschechoslowakischen Republik bezw. das Ministerium des Innern in Prag mit Erlaß vom 31. Mai 1928, die Identitätskarte anstatt eines Reisepasses zur Ueberschreitung der tschechoslowakischen Grenze in der Zeit vom 23. Juni bis 26. August 1928 als vollgültiges Reisedokument anerkannt und bewilligt.

— (Die Schnakenplage steht bevor.) Die Brutstellen zeigen überall eine starke Vermehrung von Larven und Puppen, so daß in spätestens 14 Tagen diese Plage zu erwarten ist. Stillstehende Wasser sollte man jetzt schon mit Saprol bespritzen. Auch kann Petroleum genommen werden. Ebenso behandle man Abwässergruben, Fauchgruben, Tiefwasserbehälter, und zwar derart, daß man durch Ueberdecken mit Sacklein das Eindringen der eierablegenden Schnaken verhindert.

Dresden, 27. Juni. (Notlandung eines Verkehrsflugzeuges.) Das Flugzeug A 44 der Österreichischen Luftverkehrs-Gesellschaft, das auf der Strecke Wien-Prag-Dresden-Berlin verkehrt, nahm am Mittwoch mittag beim Rittgergut Röhrsdorf bei Niederjesitz wegen eines Motorschadens eine Zwischenlandung vor. Die Insassen und das Flugzeug selbst blieben unversehrt. Die Passagiere wurden im Auto nach Dresden gebracht. Nach Ausmischung des Motors wird das Flugzeug seine Reise fortsetzen.

Dresden, 27. Juni. (Landtagsabgeordneter Bauer wieder bei den Deutschnationalen.) Landtagsabgeordneter Bauer, der seit einiger Zeit nach seinem Austritt aus der deutschnationalen Landtagsfraktion als einziger Abgeordneter die Christlich-nationale Bauernpartei vertrat, ist nunmehr wieder zur deutschnationalen Landtagsfraktion als Hospitant zurückgekehrt.

Dresden. (Eine Protestversammlung gegen die Aufhebung der Dresdner Jahrmärkte) war für den Abend des Jahrmärkte-Sonnabends nach dem Saale des „Dreums“ einberufen worden, und zwar von dem Reichsverbande ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands (Ortsgruppe Dresden) und von dem Verbande Sächsischer Händler, Schausteller und Marttreisender (E. V., Sitz Dresden). Nach verschiedenen Referaten und einer Aussprache einigte sich die Versammlung auf folgende Entschließung: „Die am 23. Juni im „Dreum“ zu Dresden einberufene, starkbesuchte Protestversammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und erhebt einmütig Einspruch gegen den vom Rate und vom Stadtverordnetenkollegium gefaßten Beschluß, die Dresdner Jahrmärkte aufzuheben. Die zuständigen Ministerien und Behörden werden

parteimitglieder sein, die der Frage Monarchie oder Republik keine große Bedeutung beimessen, jedoch wünschen, daß es konservativen, bzw. christlich-nationalen Republikanern möglich sein muß, im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei für ihre Idee zu kämpfen.

Es kann nicht verantwortet werden, diese Gesinnungs- und Kampfgenossen nur deshalb abzulehnen, weil sie die republikanische Staatsform aus verschiedenen Gründen der monarchischen vorziehen. Der Vorstand des Angestellten-Ausschusses Hannover der Deutschnationalen Volkspartei erblickt in der Stellungnahme des Abg. Lambach, ohne sich in allen Einzelheiten mit ihm zu identifizieren, den ehrlichen Versuch, auch den nichtmonarchisch eingestellten Parteianhängern die ehrliche Mitarbeit zu ermöglichen und dabei eine Entwicklung innerhalb der Partei anzuerkennen, die sich bereits vollzogen hat.

Behält Hermann Müller die Führung der Regierungsbildungsverhandlungen?

Berlin, 28. Juni. Wie die DZ hört, ist für die Weiterführung der Regierungsbildung eine Persönlichkeit in Aussicht genommen, die „eher als Herr Müller“ eine Chance für das Gelingen dieser schweren Aufgabe zu bieten vermag.

Müller-Franken gibt seinen Auftrag zurück?

Berlin, 27. Juni. Der Abgeordnete Müller-Franken wird sich am Donnerstag vormittag 1/10 Uhr zum Reichspräsidenten begeben, um ihm Bericht zu erstatten. In sozialdemokratischen Kreisen nimmt man an, daß Müller-Franken voraussichtlich dem Reichspräsidenten seinen Auftrag zurückgeben wird.

Ein Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Verhandlungen zur Regierungsbildung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gibt folgenden Bericht aus: Der Abg. Müller-Franken erstattete am Mittwoch nachmittag um 18 Uhr dem Reichspräsidenten Bericht über die Verhandlungen, die er seit Freitag mit den Persönlichkeiten geführt hat, die er zur Regierungsbildung vorschlagen wollte. Er sei zuletzt deshalb auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die Fraktion der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei ihm erklärt habe, daß sie entweder darauf bestehen müsse, daß der Abg. Dr. Wirth neben dem Verkehrsministerium oder dem Ministerium für die besetzten Gebiete die Stellung des Vizelandes erhalte, oder daß das Zentrum anstelle eines der kleinen Ministerien ein politisches Ministerium erhalte, wie das Reichsministerium des Innern. Da seine Fraktion auf die Besetzung des Reichsministeriums des Innern durch den Abg. Severing nicht verzichten könne, sehe er die Weiterführung ausföhrlicher Verhandlungen nicht mehr als gegeben an. Ohne Hinzuziehung von Vertretern der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei könne er eine Regierung auf einer tragfähigen Grundlage aber nicht bilden. Unter völliger Aufrechterhaltung seiner sachlichen Bedenken gegen die Notwendigkeit der Errichtung des Postens eines Vizelandes würde er bereit sein, um das Zentrum zu gewinnen, seine Bedenken zu überwinden, aber das würde ihm nur neue Schwierigkeiten bereiten, da er wisse, daß auch in der Deutschen Volkspartei dies schwersten Bedenken gegen die Einrichtung des Amtes eines Vizelandes bestehen würden. Diese Auffassung wurde bestätigt durch eine Mitteilung, die der Reichsaussenminister am Nachmittag dem Büro des Reichspräsidenten zukommen ließ. Der Reichspräsident erklärte, daß er an sich kein Bedürfnis für die Einrichtung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgezeichneten Amtes eines Vizelandes anerkenne, im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte, sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts bindende Vorschläge machen zu lassen. Er ersuchte den Abg. Müller-Franken, diese seine Entschließung der Zentrumsfraktion mitzuteilen und danke ihm für seine bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung. Der Abg. Müller-Franken wird dem Reichspräsidenten im Laufe des heutigen Tages Bericht über seine weiteren Beprechungen mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion erstatten. Der Abg. Müller-Franken teilte den Abgg. Effer und Stegerwald den Inhalt seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten sofort mit. Der Abg. Stegerwald erwiderte dem Abg. Müller-Franken, daß die Zentrumsfraktion sich am heutigen Tage nicht mehr auf die Schaffung

erzucht, diesem Beschlusse nicht stattzugeben. Denn durch die Aufhebung der drei großen Märkte in Dresden würde eine allgemeine Schädigung des allgemeinen Wirtschaftslebens herbeigeföhrt werden und zugleich ein seit Hunderten von Jahren bestehender, sich immer schlicht und echt durchs Leben schlagender Gewerbebestand erwürgt werden. Dies würde auch der Verfassung des Deutschen Reiches, nach der jeder Stand mit gleichem Recht behandelt werden soll, vollständig zuwiderlaufen. Die heute versammelten Marktinteressenten (Grossisten, Lieferanten, Spediture, Fabrikanten und ambulanten Gewerbetreibende) erhoffen, daß die oberen Behörden unseren berechtigten Wünschen und Ansprüchen Rechnung tragen und der plötzlichen Aufhebung der Dresdner Jahrmärkte die Genehmigung versagen.“

Dresden. (Die Ozeanflieger besuchen Dresden.) Die Ozeanflieger Hauptmann Köhl und Freiherr v. Hümefeld werden am 21. Juli in Dresden über ihren Flug nach Amerika sprechen.

Pirna. (Zu dem Autobusunglück am Fuße des Brand in der Sächsischen Schweiz.) Die Vergungsarbeiten, die von der Kraftverkehrs-Gesellschaft Dresden und Pirna mit Unterstützung einer Schiffsahrtsgesellschaft am Dienstag in Angriff genommen wurden, konnten gestern,

des Amtes eines Vizelandes vertieft habe, sondern als zweite Lösung in Vorschlag gebracht habe, daß man dem Zentrum anstelle eines der kleineren Ministerien ein politisches Ministerium wie das Reichsinnenministerium überlassen möge. Der Abg. Müller-Franken erwiderte, daß seine Fraktion auf Severing als Innenminister nicht verzichten würde, dagegen habe ihm der Abg. Hilferding persönlich erklärt, daß er bereit wäre, auf die Uebernahme des Reichsfinanzministeriums zu verzichten, wenn dadurch die Regierungsbildung gefördert werden könnte. Der Abg. Stegerwald erwiderte, daß er das Finanzministerium in diesem Sinne als politisches Ministerium nicht anzusehen vermöge. Die Zentrumsfraktion nahm zu diesen Mitteilungen Stellung und ließ dem Abg. Müller-Franken wissen, daß sie die Vorschläge ihrer Unterhändler billige. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm davon Kenntnis. Der Abg. Dittmann stellte als Vorsitzender fest, daß die Fraktion einmütig an der Besetzung des Reichsinnenministeriums durch den Abg. Severing festhalte.

Die Berliner Presse zu den Regierungsbildungsverhandlungen

Berlin, 28. Juni. Während die „Tägliche Rundschau“ kommentarlos über den Verlauf der gestrigen Verhandlungen Hermann Müllers berichtet, beschäftigt sich von den übrigen Blättern vor allem die „Germania“ sehr ausführlich mit der Lage. In einem „Zwischenbilanz“ überschriebenen Artikel bemerkt sie, daß man, wenn man der Sache auf den Grund gehe, leider zu der Feststellung genötigt ist, daß der Zusammenbruch der Verhandlungen zurückzuführen ist auf die eigenartige Mentalität, die man dem Zentrum gegenüber an den Tag gelegt habe. Das Zentrum sei mit dem Wunsche der Vizelandeschaft hervorgetreten, nachdem feststand, daß ein Kabinett der Persönlichkeit gebildet werden sollte. Die Sozialdemokratie würde, falls die Wünsche des Zentrum auf die Vizelandeschaft oder ein hochwertiges Kabinett nicht erfüllt würden, im Reich mit dem Kanzler, dem Reichstagspräsidenten und den wichtigsten Posten eine führende Stellung innehalten. Im Hinblick auf die Vertretung der Volkspartei im Kabinett durch Stresemann und Curtius müsse es umso unverständlicher anmuten, wenn diese bescheidene Forderung des Zentrums nicht erfüllt worden ist. Die Vermutung, daß es sich um rein persönliche Interessen handelt, scheine sich zu bestätigen. Wenn sich Herr Stresemann des Weges über das Büro des Reichspräsidenten bedient hat, um eine ihm unangenehme Lösung zu verhindern, dann müsse man davon offen Notiz nehmen. Es sei natürlich die Person Wirth, die bekämpft wird und man müsse sich darüber wundern, daß die Sozialdemokratie nicht vermocht hat, gerade für diesen von ihr sonst so bevorzugten Parlamentarier die vom Zentrum vorgesehene Stelle im Kabinett durchzusetzen. Das Blatt fragt, ob es in der Sozialdemokratie selbst Politiker gebe, die einen Eintritt Wirths in das Kabinett nicht wünschen, weil sie glauben, daß dadurch ihre persönlichen Interessen gefährdet sind. Die Tore seien auch heute noch nicht versperzt, obwohl man nicht wisse, was für Lösungen nunmehr angestrebt werden sollen. Das Zentrum habe sich nicht an die Wand drücken lassen können.

Die „Vossische Zeitung“ betont, daß nach dem Verhandlungsbericht der sozialdemokratischen Fraktion allgemein der Eindruck besteht, daß sich die Zentrumsfraktion in den persönlichen Fragen verrannt hätte und kaum noch zurückwüßte. Sehr viel habe das Verhalten Dr. Wirths dazu beigetragen, der durch sein starres Festhalten an einer falsch aufgefaßten Prestigepolitik nicht nur die Zentrumsfraktion in eine wenig beneidenswerte Situation hineinmanövriert, sondern auch die Sozialdemokratie in der schärfsten Form brüskiert hat.

Der „Vorwärts“ schreibt, daß das Verhalten des Zentrums am Mittwoch nicht an eine Krise des parlamentarischen Systems herangeföhrt habe. Daß Dr. Wirth ohne die schöne Pfauenseife des Vizelandes durchaus nicht habe mitpielen wollen, sei schon tief bedauerlich gewesen, daß er aber schließlich gar mit Severing zu einem Kampf um das Innenministerium habe antreten wollen, war noch viel schlimmer. Wirth oder Severing! Schicksals-Tragödie oder Größte-Romödie? Seit drei Wochen wisse das Zentrum, daß es für die Sozialdemokratie nur einen Innenminister gebe: Severing. Die Sozialdemokratie habe durch das Fallenlassen ihres Widerspruches gegen Wirth als Vizelandes und ihre Bereitwilligkeit, das Finanzministerium abzugeben, mehr als das Mögliche zu einer Verständigung getan.

Mittwoch in der achten Abendstunde beendet werden. Der Motorwagen des zweiten Autoges, der vollständig umgeschlagen war, mußte abmontiert werden, die einzelnen Teile wurden mittels Flaschenzuges emporgewunden. Die beiden abgestürzten Anhängewagen konnten so hochgezogen und auf die Straße befördert werden, von wo aus sie abgeschleppt wurden. Die Teile des Kraftomnibusses kamen auf einem anderen Fahrzeug zur Verladung. Um diese schwierigen Arbeiten durchzuführen, mußte man an starken Bäumen kräftige Seile und Ketten anbringen. Es machten sich umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen notwendig, damit bei den Bergungsarbeiten nicht noch ein neues Unglück geschähe. Die Leiche des totgequetschten Beifahrers Fritz Hohl, die zunächst nach der Totenhalle des Hohnsteiner Friedhofes gebracht worden war, ist am Mittwoch nach Görlitz übergeföhrt worden. Im Stadtkrankenhaus in Bad Schandau verblieben zwei Schwerverletzte, der Stadtrat Kurze und Schuhmachermeister Zittner aus Glogau. Der Führer des zweiten Autoges, Hübner, und fünf weitere Personen gelten als nur leicht verletzt. Mit der Klärung der Schuldfrage befaßen sich die in Betracht kommenden Stellen noch lebhaft. Die zu erwartende Gerichtsverhandlung dürfte in der Nähe der Unfallstelle abgehalten.